



Pressemitteilung

Europawahl 2014 – es geht um was!?!

Europa – Bankenrettung – Hilfspakete – Rettungsschirme – Troika: Stichworte aus den letzten Jahren, die Schlagzeilen in Nachrichtensendungen lieferten und wieder und wieder in Talkshows durchgekaut wurden.

Was hat die Wahl am kommenden Sonntag damit zu tun? Ziemlich viel, wenn nicht alles. Unser Europa ist ein Elitenprojekt – gestartet vor etwa 60 Jahren, mit dem einen großen Ziel, Deutschland einzubinden in übernationale Zusammenhänge und so etwas wie das, was unsere Väter und Großväter von 1933 bis 1945 angerichtet haben, auf Dauer auszuschließen. Das hat ganz gut funktioniert, und was aktuell in und um die Ukraine statt findet, macht über die Maßen deutlich, dass es ein Erfolg ist, den wir alle sehr schätzen müssen.

Die Wiedervereinigung und Souveränität bekamen wir um den Preis des Euro – die Franzosen wollten ihre wirtschaftliche Position so verbessern, und die Engländer ihre auch, auf Kosten der beiden anderen.

Die Finanzkrise hat den Euro in einen Strudel gerissen, der mit dem Euro als übernationale Währung erst einmal nichts zu tun hatte. Der Konstruktionsfehler des Euro, ganz unterschiedlich entwickelte Volkswirtschaften in einen gemeinsamen Währungsraum zu zwingen, ermöglichte vor der Finanzkrise spannende und für die Banker hoch profitable Finanzgeschäfte. Und die mit der Finanzkrise einsetzende Erkenntnis, dass das alles so nicht funktionieren kann, brachte dann auch wieder schöne Spekulationsmöglichkeiten bei der Rückabwicklung der vielen Projekte, die sich nicht rechneten.

Soviel zur Einordnung der Vergangenheit. Wie haben die europäischen Institutionen reagiert? Viele Worte, wenig Taten – die Finanztransaktionssteuer ist immer noch nicht in Kraft, der europäische Fonds für zukünftige Bankenrettung aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zwar verabschiedet – aber ob die nächste Finanzkrise so lange auf sich warten lässt, bis genug Mittel angespart sind?

Das europäische Parlament hat bei all diesen Themen immer noch die beste Figur gemacht – die Kommission und der europäische Rat haben eine eher unrühmliche Rolle gespielt. Politiker wie Sven Giegold (ATTAC, Grüne) haben viel bewegt in diesen Auseinandersetzungen und sich auch immer wieder an die Öffentlichkeit gewandt, um die unsäglichen Hinterzimmerkompromisse von Rat und Kommission anzuprangern. Kräfte wie die AfD weisen zu Recht darauf hin, dass die Rettungsschirmpolitik weder den (vorgeblichen) Rettern noch den (angeblich) Geretteten was bringt.

Occupy Finance ist der Auffassung, dass die Wahlentscheidung am 25. Mai eine Absage an die Austeritätspolitik sein sollte – Europa braucht Perspektiven, Chancen für die Jugend, Investitionen für die Zukunft: Projekte, die Arbeitsplätze schaffen und das ganz normale Alltagsleben der Menschen verbessern. Das sollte der Dreh- und Angelpunkt für unsere Wahlentscheidung sein. Und die vielen hoch engagierten (und dankenswerter Weise nicht in die vordergründigen albernen Grabenkämpfe der nationalen Parlamente verwickelten) Politiker im Europaparlament haben es verdient, dass wir zur Wahl gehen und eine begründete Entscheidung treffen.

Frankfurt am Main, 22. Mai 2014



Pressekontakt

Reinhard Graeff

Telefon: 01525-3907837 (09:00 - 20:00 Uhr) / SMS Kontrolle täglich

E-Mail: presse@occupyfinance.org

Website: www.occupyfinance.org